



18. Wahlperiode

Drucksache 18/4604

HESSISCHER LANDTAG

Dringlicher Berichts Antrag

des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Fraktion

betreffend den Einsatz von „Spionagesoftware“ durch hessische Behörden

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss zu berichten:

1. Setzen hessische Behörden insbesondere das Landesamt für Verfassungsschutz, sowie die Polizei- und Ermittlungsbehörden so genannte „Spionagesoftware“ ein und wenn ja seit wann?
2. Falls eine solche Software bisher nicht eingesetzt wurde: Verfügen hessische Behörden über „Spionagesoftware“ und wenn ja, seit wann?
3. Für den Fall, dass „Spionagesoftware“ eingesetzt wird: Auf welchen Rechtsgrundlagen wird auf Computer Dritter ohne deren Wissen zugegriffen und diese Software installiert?
4. Für den Fall, dass „Spionagesoftware“ eingesetzt wird: Wie häufig und von welcher Behörde wurde in den letzten fünf Jahren „Spionagesoftware“ eingesetzt?
5. Woher stammt die gegebenenfalls verwendete Software?
6. Wie wird sichergestellt, dass die die Bundesverfassungsgericht aufgestellten Sicherheitsanforderungen an die jeweilige Software eingehalten werden beispielsweise die Unmöglichkeit von Screenshots oder der Zugriff auf Webcams?
7. Wo werden die gegebenenfalls erlangten Daten gespeichert?

8. Wie wird sichergestellt, dass unbefugte Dritter weder Zugriff auf die Software, gegebenenfalls auf die Überwachungsmaßnahme selbst oder die dadurch erlangten Daten erlangen können?

Wiesbaden den 25. Oktober 2011

**Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir**

Jürgen Frömmrich